

Spielt nicht mit dem Feuer! Kein Krieg, keine Aufrüstung.

Seit Wochen eskaliert der Konflikt um die Ukraine. Und er wird weiter angefeuert: Die strategischen Interessen von NATO, EU, USA und Russland destabilisieren das Land. Auf der einen Seite haben EU und NATO versucht, die Ukraine einzubinden. Auf der anderen Seite hat Russland sich bemüht, den Zugang zum strategisch wichtigen Hafen zu sichern und die NATO auf Abstand zu halten. Das Vordringen der NATO nach Osten wird als Bedrohung wahrgenommen. Die Ukraine wird dazwischen zerrissen. Aus den Protesten gegen eine undemokratische Regierung und schlechte soziale Verhältnisse sind gewaltsame Auseinandersetzungen geworden. Faschistische Kräfte konnten die Gunst der Stunde nutzen. Sie sind Teil der Übergangsregierung geworden und gehen gewaltsam gegen Andersdenkende, vor allem Linke und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor. Anfang Mai sind mindestens 46 Menschen im Gewerkschaftshaus in Odessa verbrannt, das von Rechten in Brand gesetzt worden ist.

DIE LINKE stellt sich der Eskalation in den Weg. Wir fordern:

- Schluss mit der Eskalation
- Nein zu Sanktionen gegen Russland
- Stopp der Rüstungsexporte
- Kein Einsatz von Militär
- Keine Zusammenarbeit mit faschistischen Parteien

Schluss mit der Eskalation: Keine Waffenexporte, keine Einbindung in die NATO

Die öffentliche Berichterstattung erinnert an die Zeiten des Kalten Krieges: Allein Russland wird die Verantwortung für die Eskalation zugewiesen. Es wird verbal und militärisch aufgerüstet. Wer mit Feind-erklärungen arbeitet und mit wirtschaftlichen oder militärischen Sanktionen droht, spricht die Sprache des Krieges. Eine Politik des Friedens muss auf Gespräche und Verhandlungen setzen! Die Mehrheit der Menschen in Europa will keinen Krieg und lehnt die Zuspitzung der Kriegsgefahr ab. Doch immer wieder beteiligt sich die Bundesregierung und die Europäische Union an der Zuspitzung von Konflikten. DIE LINKE fordert:

- Gespräche statt Drohgebärden und Säbelrasseln! Alle demokratischen Kräfte in der Ukraine müssen an einer Konfliktlösung beteiligt werden. Streitkräfte an den Grenzen und in der Ukraine müssen zurückgeholt werden. Die so genannte »Anti-Terror-Aktion« in der Ostukraine muss sofort beendet werden. Die Bundeswehr muss aus den osteuropäischen NATO-Staaten abgezogen werden. Es darf keine weiteren Stationierungen von NATO-Truppen geben.
- Feind-erklärungen dienen nicht Sicherheit und Frieden! Wir wollen die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem ersetzen, das nicht gegen sondern mit Russland arbeitet.

- Die Bundeswehr muss aus den osteuropäischen NATO-Staaten abgezogen werden.
- Waffenexporte in die Region müssen sofort gestoppt werden. DIE LINKE kämpft für ein Verbot aller Waffenexporte!

Das Völkerrecht verteidigen!

Die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation war ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Einseitig können sich keine Regionen aus Nationalstaaten unabhängig machen. Das fördert Kleinstaaterei und die Abkopplung reicherer Regionen von ärmeren. Ethnische Konflikte werden befördert. Deshalb hat DIE LINKE die Politik der Bundesregierung und der EU in früheren Konflikten immer verurteilt, etwa die Abspaltung des Kosovo vom früheren Jugoslawien.

DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Das galt bei der Abtrennung des Kosovo. Das gilt auch in der Ukraine. Souveränität und die Unverletzlichkeit der Grenzen der Ukraine müssen wieder gesichert werden. Nur eine gemeinsam vereinbarte Rückkehr zum Völkerrecht dient Sicherheit und Frieden in Europa.

Oligarchen zur Kasse! Keine Freihandelszone Ukraine

Die Ukraine ist sozial und regional gespalten, seit Jahren bereichern sich vor allem die Oligarchen. Der von den Protesten auf dem Maidan vertriebene Präsident Janukowitsch war mit ihnen eng verbunden. Seine persönlichen Konten und die einiger seiner engen Verbündeten wurden eingefroren. Aber die wirklich Mächtigen und Reichen bleiben unangetastet und können ihre Geschäfte weiter über Steueroasen abwickeln, und nun arbeitet der Westen eng mit ihnen zusammen.

- Das gigantische Vermögen ukrainischer Oligarchen müssen herangezogen werden, um die wirtschaftliche Lage der Ukraine zu verbessern!

Das Assoziierungsabkommen mit der EU, das seit Jahren in Verhandlungen ist, zielt vor allem auf eins: die Ukraine in eine Freihandelszone zu verwandeln. Löhne und

Sozialleistungen geraten unter Druck. Für die Bevölkerung sind keine sozialen Verbesserungen zu erwarten. Die so genannten Hilfskredite, die jetzt von EU und Internationalem Währungsfond im Gespräch sind, setzen die Politik der Troika fort: Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Löhne, Renten, Gesundheitsversorgung. Der Ukraine drohen Verhältnisse wie in Griechenland.

- Stattdessen braucht die Ukraine einen Schuldenerlass.
- Löhne, Renten und Sozialleistungen dürfen nicht gekürzt werden!

Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Wenn Konflikte mit Macht und Militär gelöst werden, statt an demokratischen Lösungen zu arbeiten, wird die Gesellschaft autoritärer. Soziales Elend verbessert die Chancen für faschistische Parteien, die Sündenböcke anbieten. Die Faschisten müssen in der Ukraine und in der internationalen Politik isoliert werden.

DIE LINKE stellt sich quer: Gegen Faschismus und Nationalismus. Gegen eine Politik der Feind-erklärungen. Gegen Waffenexporte und die Militarisierung der Außenpolitik. Für eine Stärkung des Völkerrechts. Für soziale und demokratische Konfliktlösungen.

Wir rufen auf: Stellen Sie sich mit uns der Kriegspolitik in den Weg. Bei Wahlen und auf der Straße. Für Frieden und soziale Gerechtigkeit.

DIE LINKE.

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
parteivorstand@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn